

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Postamtstr. 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. dgl. erfolgt kein Anbruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.



Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 2 Goldpfennig, für aufwärts 3 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Goldpfennig, im Reklameteile 5 Goldpfennig (einschl. Umrahmung), Schwere- und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Aufnahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsalle.

Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Nr. 85.

Mittwoch, den 24. Oktober 1923.

26. Jahrg.

Chronik des Tages

Die bayerische Regierung hat den Reichswehrminister in München, General v. Hoffm., zum bayerischen Landesverwalter ernannt.
Die bayerische Landesverwalterwahl ist von der bayerischen Regierung in Würzburg genommen worden.
Ein Aufbruch der Reichsregierung beschuldigt Bayern des offenen Verfassungsverstoßes.
Der württembergische Staatspräsident hat dem Reichsminister die sofortige Einberufung des Reichsrates zur Erörterung des bayerischen Konflikts beantragt.
In Baden haben die Sonderländer die Rheinische Republik proklamiert.
Der Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz soll zum Reichsregierungsdirektor ernannt werden.
Kantischer Berliner Diktator vom 22. Oktober: 20 000 000 000 Gold, 40 100 000 000 Brief.

Die „Saarfranzosen“.

Die „Adresse“ der 150 000 Saarfranzosen, die sich während der Friedenskonferenz am Voincaré gewandt haben sollen, ist von der Botschaft in Paris an den Reichspräsidenten gebracht, die Saarländer immer mehr in peinliche Verlegenheit. Nun regiert die sogenannte Reichsregierung seit fünf Jahren im Saargebiet. Die französische Propaganda gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Bevölkerung für Frankreich zu gewinnen. Umsonst. Die Saarländer schreiben die französischen Vergewaltigungsverbrechen immer wieder in die Welt hinaus; der Völkerverbund hat sich in jeder Sitzung mit Beschwerden der Bevölkerung zu befassen. Das Schreiben der Franzosen im Saargebiet kam herauf zum Himmel, daß England den bekannten Vorstoß gegen die merkwürdige Regierungsweise der Völkerverbundskommission unternehmen mußte. Wie soll sich der erbitterte Widerstand, ja der Haß der Saarbevölkerung gegen Frankreich mit der „Adresse“ der 150 000 Saarfranzosen zusammereimen? Es kann kein Zweifel sein, daß die französische Regierung darüber von einer „besonderen“ Macht peinlich befragt worden ist.

So ist es zu erklären, daß Tardieu, ausgerechnet Tardieu, im „Echo National“ Frankreich aus der heillosen Situation herauszubringen sucht. Er tut das auf eine höchst merkwürdige Art. Er erzählt von einer angeblich in der Zeit des Waffenstillstandes ausgearbeiteten Adresse, die von drei, vier und fünfeben drei Saarbrüder Herren unterzeichnet sei. Sie hätten den Präsidenten des französischen Ministeriums an die historische Vergangenheit erinnert und gefordert, daß „ungefähr 150 000 der eingeborenen Saarbewohner von Ihnen abstimmen, die unter der französischen Krone glücklich gelebt hätten.“ Niemand ist diese Adresse vorgelegt worden, als ob sie von 150 000 Franzosen ausgearbeitet worden sei. Die Unterzeichner sagten einfach, daß ungefähr 150 000 Saarbewohner behaupten könnten, daß ihre Väter unter der französischen Regierung geboren worden seien.“

Diese merkwürdige Auslegung wäre beläufige genal zu nennen, wenn dem nicht ein Doppelpes entgegenstände. Erstens: Clemenceau erklärte am 28. März 1919 Wilson: „Im Saargebiet gibt es 150 000 Menschen, die Franzosen sind. Diese Menschen haben 1918 eine Adresse an Voincaré gefandt und sie haben die Völkerverbund auf Gewaltsamkeit.“ Die Interpretation Tardiens ist also ein glatter Betrugsversuch. Im „Echo National“ gefordert aber Tardieu weiter ein: „Ich erinnere mich in Saarbrücken, daß die Unterzeichner (drei Herren), nachdem der Brief abgelesen war, sich dafür entschieden, ihn nicht abzuschicken.“ Wie ist das mit der Behauptung Clemenceaus zu vereinbaren?

Wenn nun noch die drei Herren in der nicht abgeschickten Denkschrift behauptet hätten, die Väter von 150 000 Saarländern hätten sich einmal während der kurzen Zeit einer französischen Regierung im Saarlande glücklich gefühlt. Über davon fand in dem nachfolgenden Schreiben der Herren nicht ein Wort! Dieses Schreiben hat mit der Clemenceauschen Saarländeradresse nichts zu tun. Es ist eine Petition des Völkerverbund, in der er sich um die Berufung seiner Person in die Regierungskommission des Saargebietes bemüht. Von 150 000 Saarfranzosen oder Saarländern

ist überhaupt keine Rede in diesem Entwurf zu einem Schreiben.

Der Verfälschungsversuch des Herrn Tardieu rückt der Betrug Clemenceaus in ein noch stärkeres Licht. Es steht fest, daß Wilson und Lloyd George erst auf Grund der angeblichen 150 000 Saarfranzosen sich für die zeitweilige Zuweisung des Saargebietes zum Reich entschlossen. Wir haben allen Grund, diesen Weltbetrug der Franzosen festzuhalten und eine Revision der damaligen Beschlüsse zu verlangen.

Aufruf der Reichsregierung.

Kum Kampf für die deutsche Freiheit.
Nachdem die bayerische Staatsregierung von sich aus Bayern seiner militärischen Reichsverpflichtungen entzogen hat, hat die Reichsregierung eine Kundgebung erlassen, in der sie die bayerische Regierung des offenen Verfassungsverstoßes beschuldigt und die Haltung der Reichsregierung verteidigt. In diesem Aufruf heißt es unter anderem:

„Am dem Tage, an dem die deutschen Vertreter in Versailles den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Zustimmung der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not in Mitteleuropa und im Ruhrgebiet zu lenken und in der die Zustimmung aller Kräfte kaum als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner sich zu behaupten, hat es die bayerische Staatsregierung für richtig erachtet, einen offenen Verfassungsverstoß und innere Kämpfe im Reich herbeizuführen.“

Der Ausgangspunkt dieser Kampfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch in heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Gewerkschaften konnte nicht dulden, daß diese Befehle, die von ihm gegeben waren, von einem Untergebenen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Macht eines Staates nach außen und innen.“

Mit dem von dem Generalstaatskommissar v. Rabe in die Öffentlichkeit geworfenen Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Heeresleitung, der Reichswehrminister, haben bei ihnen

Kampfe für die Autokratie in der Reichswehr lediglich für diese Idee, nicht für irgend welche parteipolitische Einstellungen getämpft. Dasselbe gilt von der Reichsregierung, die sich zum Verfechten dieses Kampfes durch weitgehende Ausnutzung von Verhandlungsmöglichkeiten jeden Versuch zu vermeiden. Von Geschiedenheit und Entzweiung weiß die Reichsregierung den Verzicht der bayerischen Generalstaatskommissar zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als den Kampf einer nationalen und geistlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzustellen.

Es ist unerheblich, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Rechte des ganzen Volkes brach, zur Erhaltung des Reichstums gegen den französischen Verfassungsverstoß, der Generalstaatskommissar stand, die Brandt der Zerstörung in das deutsche Volk darauf hinzuwirken zu können, daß er davon nichts, es handelte sich letzten Endes um die Frage: wie deutsch oder nichtdeutsch.

Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Parteien von Volksgenossen, die hinter ihre Reihen, niemanden, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter deutschem Gesichtspunkt ansieht.“

Zum Schluß richtet die Reichsregierung folgenden Appell an das deutsche Volk: „Im Kampf um die Erhaltung der Reichsautonomie fordern wir alle Deutschen auf, den Erregern der Zerstörung entgegenzutreten. Sie helfen dabei durch die Erfüllung der Pflichten der Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßnahme dar. Die Erneuerung des Reiches durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische

Eine Gegenkündigung Rabs.
Der bayerische Generalstaatskommissar v. Rabe hat den Aufruf der Reichsregierung mit folgender Gegenkündigung beantwortet:

„Die Anordnung des bayerischen Gesamtministeriums vom 20. Oktober 1923, durch welche die Dienstenthebung des Generals v. Hoffm. auf Verlangen außer Wirksamkeit gesetzt wird, stützt sich auf Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung. Sie stellt daher keinen Verstoß der Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßnahme dar. Die Erneuerung des Reiches durch die Reichsregierung ist schon deshalb unmöglich, weil die bayerische

Regierung unter keinen Umständen die erforderliche Zustimmung geben würde.“

Der Absatz 4 des Artikels 48 der Reichsverfassung, auf den sich v. Rabe beruft, lautet:

„Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einseitige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art (Aussetzung von Grundrechten und Einberufen mit Hilfe der beschlossenen Macht treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichstages außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Gesetz.“

Dieses Reichsgesetz ist bisher nicht erlassen, das Verlangen des Reichspräsidenten oder Reichstages nicht ergangen.

Der Reichstag soll vermitteln.

Der württembergische Staatspräsident Dr. v. Heber hat anlässlich des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern namens des württembergischen Staatsministeriums dem Reichspräsidenten die sofortige Einberufung des Reichsrates beantragt. Die Sitzung des Reichsrates wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag stattfinden. In dieser Sitzung sollen die verschiedenen in letzter Zeit zutage getretenen gegensätzlichen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden, um einen den Interessen des Reiches, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen. Die bayerische Regierung soll gegen die Anrufung des Reichsrates keine grundsätzlichen Bedenken haben und zugleich ihre Bereitwilligkeit kundgeben haben, sich der Einberufung des Reichsrates zu unterwerfen. Das Reichspräsident will von jeder Beschlußfassung über die bayerische Frage Abstand nehmen, weil es auch seinerseits die Einberufung des Reichsrates abwären will.

Der Ernteeinsatz in Sachsen.

Aufruf an die Bevölkerung.

Der Militärbefehlshaber in Sachsen, General Müller, hat an die sächsische Bevölkerung eine Bekanntmachung erlassen, in der er von den schätzenswerten wirtschaftlichen und Ernährungsergebnissen in Sachsen ausgeht, die er darauf zurückführt, daß unter Drohungen und Gewalttätigkeiten Eingriffe in die Gütererzeugung und Verwirrung der Lebensmittel erfolgen. Diese Gewalttätigkeiten richten sich sowohl gegen Arbeitgeber als gegen Arbeitnehmer. Infolge dieser Zustände hätten die Wirtschaftskräfte außerhalb Sachsens vielfach das Vertrauen zu dem Preisfall Sachsen verloren, so daß die Anknüpfung und Wiederholung von Geschäftsbeziehungen abgelehnt und die Lebensmittellieferungen aus Furcht, sie könnten durch einseitige Eingriffe in die Verteilung dem ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb entzogen werden, verweigert werden. Diese Zustände habe ein kommunistischer Minister nicht nur gutgeheißen, sondern sich öffentlich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Solches Verhalten sei Hochverrat gegenüber dem Reiche. Es erweide im Lande und bei den Aufständischen den irigen Glauben, als stünde die sächsische Regierung hinter den Aufständischen. Die Reichsregierung habe sich daher entschlossen, durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen.

„Ich bin“ — fährt der Aufruf fort — „mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt. Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Waffengewalt entgegenstellt, wird plündernd und so die Grundlage unserer Erzeugung untergründet, laßt Gefahr, erschossen zu werden.“

Der Militärbefehlshaber hofft auf die Mitwirkung aller vernünftigen, verantwortungsbewussten und besonnenen Kreise. Alle Kontrollauslässe sind besetzen zu werden.

Warnung vor Fälschungen.

Zu einem zweiten Aufruf heißt es:
„Die Bevölkerung selber ist vor dem Mangel der notwendigen Lebensmittel. Die Not wird nicht beseitigt, sondern gesteigert durch Fälschungen von Lebensmitteln, von Brotweizen usw. Ich habe Maßnahmen ergriffen, die Einfuhr von wichtigen Lebensmitteln in den Kreislauf Sachsen zu erleichtern. Das wird unterbunden, wenn solche Eingriffe einleitet, übergriffe totenmündig.“

ausschläge nicht unterbleiben. Kein Vater will sich Weib, kein Weib sich Fleisch hängen, wenn er damit rechnen muß, daß es ihm genommen wird. Ich warne daher vor weiteren Ausschreitungen. Sie werden auf die Täter mit voller Schwere zurückfallen. Mögen Sie bedenken, daß sie mit ihrem Leben spielen, falls ich gewonnen bin, die Truppen einzusetzen."

Konflikt mit Bayern.

General von Löffow zum bayerischen Landeskommandanten ernannt. — Die Reichswehrtruppen von Bayern in Pflicht genommen.

Die Meinungsverschiedenheiten über die Verabschiedung des bayerischen Wehrkreiskommandeurs, Generalleutnants v. Löffow, haben zu einem offenen Konflikt zwischen dem Reich und Bayern geführt. Ende vergangener Woche hatte es noch den Anschein, als ob der Kaiser eine Begleitung finden würde, die für beide Teile tragbar war. Nachdem die persönlichen Schritte des Reichswehrministers Geffler gescheitert waren, hatte sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nach München gegeben, um in direkten Verhandlungen mit dem bayerischen Kabinettsrat eine Verständigung zu suchen. Mitten während der eingehenden Verhandlungen traf aus Berlin die amtliche Nachricht ein, daß der Reichspräsident Generalleutnant v. Löffow vom Dienst entbunden und den nächsthöchsten bayerischen Offizier, Generalmajor Freyher v. Kressenhein, mit der vorläufigen Führung der 7. bayerischen Division des Reichsheeres beauftragt hatte. Gleichzeitig wurde bekannt, daß der Reichspräsident die bayerische Regierung aufforderte, ihm Vorschläge für die Besetzung der Stelle des bayerischen Landeskommandanten gemäß dem Wehrgesetz zu machen. Diese Maßnahmen wurden damit begründet, daß General von Löffow sich ausdrücklich geweigert hätte, einen ihm gegebenen Befehl auszuführen, und es abgesehen habe, aus dieser Haltung selbst die Konsequenzen zu ziehen. Nachdem damit die Abberufung des General von Löffow zur Tatsache geworden war, hat die bayerische Staatsregierung in Verbindung mit dem Generalkommissar Dr. v. Mohr beschloffen, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Befehle bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reiche den bayerischen Teil der Reichswehr als Freibrigade des Reichsheeres den deutschen Vorkriegsstand in Pflicht zu nehmen, Generalleutnant v. Löffow als bayerischen Landeskommandanten einzusetzen und mit der Weiterführung der bayerischen Division zu beauftragen.

Die bayerische Regierung gab diesen Beschluß in einem Aufruf an das bayerische Volk bekannt. In diesem Aufruf wird das Vorgehen Bayerns damit begründet, daß der Reichswehrminister dem General v. Löffow in einer Angelegenheit, die zusehends zur Unzufriedenheit des bayerischen Generalkommissars gewisse (genauer ist damit das Verhalten des Reichswehrministers, die Wehr, einen Befehl erteilt und hierdurch in die Polizeigewalt Bayerns eingegriffen habe. In dem Aufruf wird weiter der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß das bayerische Volk diesem auch im wohlverstandenen Reichsinteresse gelegenen Schritt, der zur Wahrung der Würde und des Ansehens Bayerns bei der gegebenen Sachlage unvermeidlich gewesen sei, volles Verständnis entgegenbringt. Generalkommissar Dr. v. Mohr schließt sich in einer besonderen Rundgebung dem an. Bei der Bekanntgabe der beiden Aufrufe an die Presse legte Dr. v. Mohr die Motive dar, die die bayerische Regierung zu ihrem bedeutungsvollen Schritte veranlaßt. Er betonte dabei, daß sie jeden Separatismus und Partikularismus weit von sich weise. Sie halte ihre Stellungnahme für eine nationale Pflicht gegen den Internationalismus und Marxismus; nicht gegen das Reich, sondern nur gegen das Vorgehen der Reichs-

regierung richtet sich dieser Schritt. Jetzt müsse zwischen deutsch und nichtdeutsch gewählt werden. Die bayerische Regierung kämpfe für den großen deutschen Gedanken.

Seetät an den bayerischen Reichswehrtruppen.

Nach Eintreffen der Nachricht über die Einsetzung des General von Löffow als bayerischen Landeskommandanten durch die bayerische Regierung hat der Chef der Seeresleitung, General der Infanterie v. Seekt, einen Aufruf an das Reichsheer erlassen, in dem es u. a. heißt:

„Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommando-gewalt. Der dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht gegen den Reich geleisteten Eid und macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig.“

„Ich fordere die 7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch förmlich auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich den Befehlen ihres höchsten militärischen Vorgesetzten bedingungslos zu fügen.“

Die bayerische Regierung hat die Veröffentlichung dieses Seerebefehls für das gesamte Gebiet des Freistaates Bayern verboten.

Die Aufspaltung der bayerischen Division.

Die Verpflegung der bayerischen Reichswehrtruppen in sämtlichen bayerischen Ständen ist seit Montag morgen in der Weise vor sich gegangen, daß den Reichswehrtruppen der Vorlauf der bayerischen Staatsregierung bekanntgegeben wurde. Die Verpflegungsformel lautete folgendermaßen: „Auf Grund des mir vorgelesenen Aufrufes der bayerischen Staatsregierung befinne ich, daß ich von der bayerischen Staatsregierung als der Freibrigade des Reichsheeres bis zur Wiederherstellung des Einverständnisses zwischen Bayern und dem Reich in Pflicht genommen bin, und erneuere meine Verpflichtung zum Gehorsam gegenüber meinen Vorgesetzten.“

Putschversuch im Rheinland.

Ausrufung der „Rheinischen Republik“ in Aachen.

Die rheinischen Sonderbewerber glauben jetzt, wo sich das Reich in schwerer innen- und außenpolitischer Bedrängnis befindet, die Stunde zur Ausübung ihrer hochherzigen Pläne für gekommen. Unter dem Schutze der belgisch-französischen Besatzungsmächte suchten sie in der Sonntag nacht in verschiedenen Städten die öffentliche Gewalt an sich zu reißen und die „Rheinische Republik“ auszurufen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen scheint der Putsch nur in Aachen gelungen zu sein.

In Aachen haben Sonntag nacht etwa 2000 bewaffnete Sonderbewerber überzogen die öffentlichen Gebäude, vor allem Rathaus, Post und Regierungsgebäude, besetzt und die Rheinische Republik ausgerufen. Die Polizei mußte der Übermacht weichen. An der Spitze der Bewegung befindet sich der in Separatistenkreisen bekannte Aachener Kaufmann Beder.

Spätere Meldungen besagen, daß die vorläufige Regierung der Separatisten in Aachen und in den benachbarten Industriestädten Flugblätter verteilen läßt, in denen es heißt, die „Stunde der Freiheit“ habe geschlagen. Berlin habe Bankrott gemacht. Das Rheinland müsse sich selber retten. Der Bevölkerung werden Lebensmittellieferungen, Arbeit, Friede und Freundschaft mit den Nachbarländern in Aussicht gestellt.

Putschversuche auch in Bonn und Mainz.

Die Separatistenaufstände haben sich am Montag auf Bonn und Mainz ausgedehnt. In Bonn entschloffen die Franzosen die deutsche Schutzpolizei auf die Nachricht, daß Separatistenbanden im Anzuge seien. Als die Nachricht hierin in Berlin eintraf, wurden hier sofort Vorstellungen beim französischen Vizekonsul erhoben und, wie verlautet, soll bereits aus Paris der Befehl vorliegen, daß die Schutzpolizei in Bonn ihre Waffen zurückverfahre.

In Mainz haben sich Montag morgen um 4 Uhr ähnliche Vorgänge wie in Aachen abgespielt. Separatistenbanden besetzten das Polizeigebäude. Ihr Führer ist der als Separatist bekannte Amtsgerichtsrat Stebbing. Bisher haben die Separatisten in Mainz nur das Polizeigebäude, aber nicht die anderen Amtsgebäude besetzt. Im übrigen Hessen herrscht, wie aus Worms und Bingen gemeldet wird, Ruhe.

Politische Rundschau.

Berlin, den 23. Oktober 1923.

— Nach einer Habermasungung aus Düsseldorf haben sich bisher 29 000 Eisenbahner zur Wiedereingliederung der Arbeit gemeldet.

— Die Berliner Sozialdemokratie hat einen Antrag angenommen, die die Reichswehrtruppen gegen Sachsen sofort vorzurufen und die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes für das ganze Reich herbeizuführen. Mitgliedensitzungen sollen die sozialistischen Minister aus der Regierung zurückgejagt werden.

— Waden hat beschlossen, eine baltische Goldschmelzwerkung herauszugeben.

— Anlässlich der Ablehnung der Wöhne im Bergbau sind zahlreiche Schächte im Mittelbayerischen Braunkohlenrevier bereits in den Streik getreten.

— Die „Rote Fahne“ ist vom Reichswehrminister erneut verboten worden, weil sie abernals zur Verhöhnung der Arbeitererschaft aufgefordert und den politischen Generalstreik proklamiert hat.

— Der Rentenantrag. Unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Luther ist am letzten Sonnabend die Gründung der Rentenantrag erfolgt. Die Ausgabe der Rentenantrag soll außerordentlich beschleunigt werden. Der Druck hat bereits begonnen. Es ist damit zu rechnen, daß am 5. November mit der Ausgabe der Rentenmarktscheine begonnen werden kann. Es werden 100 Millionen Marktscheine von 1, 2, 5, 10, 20, 50, 100 und 1000 Rentenmark ausgegeben. Außerdem Rentenmarktscheine in Form von Münzen, und zwar zu 50, 10, 5 und 1 Rentenmark. Die Münzen bestehen aus Messing und sind aluminiumplattiert.

Ernährungsmittel. Der Reichs-

kanzler hat für den Rest des Reichsernährungsmitteljahres, der seit der letzten Regierungskrise unbefriedigt ist, den ostpreussischen Vizepräsidenten Graf Gerhard v. Kanitz, den Sohn des bekannten ehemaligen Reichsfinanzministers Grafen Kanitz, ernannt. Graf Kanitz gehörte bisher der deutschnationalen Reichstagsfraktion an. Aus dieser ist er jetzt ausgeschieden.

Rundschau im Auslande.

Österreich: Die Wahlen zum Nationalrat.

Am Sonntag haben in Deutsch-Österreich die Wahlen zum Nationalrat stattgefunden. Im allgemeinen scheinen die Großösterreicher überall Mandate verloren zu haben. Bisher liegen die Wahlergebnisse aus 22 von 25 Wahlkreisen vor. In diesen sind nach den bisherigen Resultaten gewählt: 73 Christlich-Soziale, 54 Sozialdemokraten, 8 Großösterreicher. Die Vertretung der Hauptstadt im Parlament wird sich zusammensetzen aus 27 Sozialisten, 17 Christlich-Sozialen und 1 Großösterreicher. Die vizepräsidenten-demokratische Partei hat ihr einziges Mandat, das bisher der frühere Minister des Inneren, Graf Ottocar Czernin inne hatte, verloren.

Eisenbahnverweisung aus der Pfalz.

Aus Speyerstadt in der Pfalz sind neuerdings wieder 25 verheiratete Eisenbahner mit Frauen und Kindern ausgewiesen worden. Sie wurden französischerseits beurlaubt, nach Aufgabe des passiven Widerstandes wurde, die sich zur Arbeitsaufnahme bei der Regie melden wollten, an dieser Meldung verhindert zu haben.

Der Großberliner Einzelhandel hat beschlossen,

die Zahlung in verfallenden Zahlungsmitteln einen Rabatt von fünf Prozent zu gewähren.

Das Roseneschlößchen.

Roman von Karl Schilling.

[Nachdruck verboten.]

26] Nun war ja erreicht, was sein Herz so oft ersehnt nun ging ja sein Lebenswunsch in Erfüllung, herrlicher und schöner, als er es nach den trübten Wunden der letzten Vergangenheit, nach der bösen Geschichte mit Protowasla so hoffen wagte. D. seine Eva Marie war ein gutes, braves und folgsames Kind. Daß sie in ihrer jugendlichen Unerfahrenheit für den fremden Waldwart geschwärmel, durfte man ihr doch nicht als Fehler anrechnen! Nein, nein, der Dalwanger mußte sich wirklich glücklich fühlen, dieses Kleinod erworben zu haben.

Dann schlugen die breiten Flügel zurück. Mit zierlich gereimten Worten bat der Ferkelordner zur Tafel. Unter frühlichem Lachen ordneten sich die Paare und schritten hinein in den altbekannten Saal.

In dessen Mitte erhob sich eine lange, stummengestimmte Tafel. Vornehm nahm sich das schneeweiße Gebek aus, schied und reich der schwere Silbermann, als dessen wertvollstes Stück der mächtige Aufsatz mit dem Wappenzeichen des Geschlechtes der Welterleiner prunkte.

Künstliche Blumensträußen, auf silberne Ständer gestellt, wiesen den Gästen die für sie bestimmten Plätze an. Wie Berauschend auch die tollbaren Dräbden dufteten, wie Lotend auch aus den mit Lorbeerbäumen verdeckten Nischen die Geigen sangen; in das Herz der Baroness wollte kein Friede kommen. Wohl hörte sie die süßlichen Worte ihres Bräutigams, wohl spürte sie den verflochtenen Druck seiner Hand, aber nichts als Weß empfand sie.

Sterben können! Das war ihr einziger, ihr Verlobungswunsch!

Wachte der Freiherr von Dalwanger, was für Gedanken hinter der stolzen, ersten Stirn des schönen Mädchens arbeiteten, fühlte er, daß ihr Sehnsucht weit ab vom Feste irte und den Suchte, den er so tödlich hohle?

Es mußte wohl sein; denn allmählich verflummte auch er, seine Miene verblühte sich, und in seiner Seele flieg wieder die häßliche Freude auf, ihr, der Baroness, bereit an Demüthigungen heimzulaufen so können, was er eigentlich ihrem Geliebten, dem Protowasla zugeacht hatte. Doch war Eva Marie aber nicht völlig feig, noch mußte er sich mägen, noch mußte er, wie in den letzten Wochen, den Süßlichen, den Verliebten, den Zärtlichen spielen, nach seine wahre Geminnung verbergen, aber wie erst seine Gattin, besch er erst Herrenrechte über sie, dann weße ihr!

Seine rohen Gedanken wurden gestört. Soeben klopfte sein Knüttiger Schwiigerater, der ihm gegenüberüber, stark und nachdrücklich an sein Weinglas. Das Gemummel erlosch, leises Flüstern noch, nun erwartende Stille.

„Alles schaute auf den Sprecher. Der hatte das Glas erhoben, sein Gesicht erglühte und fast schiebend erklangen seine Worte:

„Sehr geehrte Gäste!

Das Roseneschlößchen feiert heute ein hohes Fest. Mein Lieblingswunsch hat sich erfüllt. Ein ehrenwetter Mann aus allem Adelsgeschlecht mirbt um die Hand meines einzigen Kindes, meiner Tochter Eva Marie!“

Er stockte. Das Gedächtnis schloß ihn verlassend zu wollen, doch nein, schon sprach er weiter, aber mit einer seltsam klingenden Stimme:

„Ich gebe ihm das Weibste, was ich habe, den Sonnenchein meines Lebens. Ich folge meinem glücklichen Begehren, wenn ich mein Glas erhebe und rufe: das Brautpaar — — —“

Doch was war das? Der Baron schwankte. Das volle Glas entfiel seiner Hand und wie ein Blutstrom ergoß sich der dunkle Rotwein über das blendende weiße Tischdich.

Erst jetzt blühten die Gäste auf. Da — das Gesicht des Barons verzog sich, seine Augen begannen zu rollen, mit befremdlicher Hast griff er an seine Brust, riß sich Red und Worte auf, stürzte — und stürzte zu Boden, im Fallen seinen Stuhl mit Gepöller nach sich reißend.

Erstochen sprangen die Gäste auf. Mit jähem Angschrei eilte Eva Marie an die Seite ihres Vaters. Aber ein junger Doktor der Medizin, der Sohn eines Guldnichbars, schoß wie lankt zurück und warf sich neben dem Unglücklichen nieder.

Totenstille folgte. — Der Arzt sahle nach dem Pulse des Gestürzten. — Bange Augenblicke verstrichen.

Erstlich erhob er sich, langsam, feierlich. Sein Angesicht schloß zu Stein erhartet, als er mit dumpfer Stimme verkündete:

„Meine Herrschaften! Wir stehen vor einem erschütternden Räthel. Den Schloßherren, unseren gnädigen Herrn Baron von Welterleiner, hat jedoch der Schlag gerührt. Friede seiner Seele!“

Fortsetzung folgt.

Aus Stadt und Land.

Altenhalben Feuerwerkskrawall. Die Erhöhung des Brotpreises hat abermals an verschiedenen Stellen des Reichs Unruhen zur Folge gehabt. So ritten sich in Hamburg Erwerbslose vor dem Arbeitsnachweis zusammen. Als die vorgebrachte Forderung einer besonderen Wirtschaftseinstellung abgelehnt wurde, zogen sie nach dem Rathaus, wo ihnen Sicherheitspolizei entgegentrat und sie mit der Waffe zersprengte. Gefährlich wurde nur dabei keine Todesopfer zu verzeichnen. — In Magdeburg kam es vor den Räderläden zu Zusammenrottungen. Später zog die Menge aus dem Wochenmarkt, wo dort die Fleischstände um und plünderte die Vorräte. Die Sicherheitspolizei stellte die Ordnung wieder her und nahm einige Verhaftungen vor. — Auch in Essen kam es auf dem Markt zu Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei. Die Marktverkaufer hinstanden. Die Polizei mußte von der Schiffsmaße weichen lassen. Eine Frau und ein Mann erlitten Schußverletzungen; mehrere andere Personen wurden durch Säbelhiebe verwundet. — In Berlin wurden verschiedentlich Räderläden und Lebensmittelgeschäfte geplündert.

Ein frecher Raubüberfall wurde am letzten Sonntag auf das Direktions- und Verwaltungsgelände der Deutschamerikanischen Petroleumgesellschaft in Berlin-Bismarckstraße verübt. Nach dem Betriebsstillstand der letzten Arbeiter und Angestellten die Räume verlassen hatten und nur noch die Küstler mit den Abrechnungsgebern in den Direktionsräumen amnestet waren, erschienen plötzlich 8-10 junge Männer mit schwarzen Mäskern vor den Augen, ein jeder mit zwei Revolvern, und verhafteten, durch den Zutritt in das Verwaltungshaus einbringend. Während ein Teil der Angestellten sich mit den Wägern herumschickte, eilten die übrigen Männer in die Kassenräume. In dem Vorkämmerer lieferte ein Küstler noch gerade etwa 900 Millionen ab, die er sofort einsteckte. Als dieser die Banditen mit den Waffen auf sich eindringen sah, hatte er noch die Geldtasche, die er zu dem Kassenzimmer zu schleichen und den Schlüssel durch das Fenster auf den Hof hinunterzuwerfen. In dem jetzt geschlossenen Kassenzimmer befand sich der Kassierer mit vielen Millionen Kassenheften. Durch die Feuerfährlichkeit des Küstlers gelang es, dieses Geld zu retten. Die Mäuler sperrten jetzt den Küstler und den Verwaltungsbeamten in ein Nebenzimmer ein und verhafteten nun, in den verschlossenen Kassenraum hineingelangen. Währenddessen hatte der schwerverletzte Küstler durch glühende Besten zur Unterstützung herbeigerufen. Als die Eindringlinge bemerkten, daß sie verurteilt waren, ließen sie von ihnen Speere und stüßten unter Mithilfe von 900 Millionen das Weite. Die Bande ist unerwartet entkommen.

Zuch den Hunger in den Tod getrieben. Aus dem Grubenort bei Berlin wurde die Leiche des seit zwei Tagen vermissten Polizeizakes Siegmund Wolfenthal gefunden und dem Scharfrichter in Charlottenburg übergeben. Nach den Aussagen des Angeklagten haben ihn Hungerstürme zum Tod getrieben.

Aufklärung von Kartellschadern. In Köln zog eine etwa hundert Köpfe starke Schor Erwerbslose mit Handtaren, Säcken und Körben ausgerüstet, in die Mehrheimer Gegen im Rechtsstreifen und plünderte die Kartellschadern. Obwohl sofort Schutzpolizei zu Hilfe gerufen wurde, wurde erheblicher Schaden angerichtet.

Einberufungsdation in Aamin. In der alten germanischen Stadt Aamin und der Umgebung liegt sich in den letzten Jahren ein gewerkschaftliches Berufsproblem geformt, unter dem die Einwohnerzahl des kaum 3000 Einwohner zählenden Städtchens so zu leiden hatte, daß sich des Nachts kaum jemand auf die Straße getraute. Keine Kirche blieb von den Einbrechern verschont. Aus dem uralten Dom wurde eine silberne Christusfigur entwendet, die katolische Kirche und die Synagoge wurden wiederholt geplündert und eines Nachts waren die Werkzeuge in das Kreisstrafensanknis eingeschlagen. Auf den Sandtröfen und Klitten Fußwege und Fußgänger an und rannten sie völlig aus. Dazu kamen unzählige Einbrüche in Wohnungen und Geschäfte, vor allem auch in der ländlichen Umgebung. Fast immer führten die Einbrecher Waffen bei sich. Den Höhepunkt des Treibens bildete die Ermordung des tüchtigsten Oberlandwärters des Kreises im Februar 1922. Im von unheilbaren Zuständen ein Ende zu machen, entsandte das Ministerium am Antrag des Landratsamtes einen Berliner Kriminalkommissar mit einem Berliner und einem Stettiner Beamten. Energetisch wurde nunmehr vorgegangen und etwa 50 Personen zur Haft gebracht. Die Maßnahmen hatten den Erfolg, daß von Einbrechern der Beamten an keine Verbrechen mehr vorgekommen sind. Der Kreisausstoß hat dem Minister des Innern, insbesondere aber auch den Polizeibeamten den wertvollsten Dank der Bevölkerung ausgesprochen.

Dom S yn erschlagen. Am Sonntag kam der 45 jährige Revierwächter Friedrich Kusbach in Reitzdam betrunken nach Hause und geriet mit seiner Ehefrau in Streit. Man hörte, daß der Streit in Säuflein ausartete. Frau Kusbach lief zu ihrem Sohn, der im Keller beschäftigt war, und fliegte ihm ihr Leid. Der Sohn ließ nach oben und kurze Zeit später fand man den alten Kusbach mit getrimmtem Schädel auf. Der Sohn ist fetter verschunden.

Eine Übung Krupp. In Wünden hat am Sonntag die Vorlandversammlung des Deutschen Museums stattgefunden, an der auch Kronprinz Rupprecht und Generalinspektor Dr. v. Kayser teilnahmen. Unter lebhaftem Beifall wurde beschlossene, dem früheren Vorsitzenden des Vorstandes, Herrn Krupp von Bohlen-Halbach, in Anerkennung seiner großen Verdienste um das Museum zum Ehrenmitglied zu ernennen. Geheimrat Diesberg wird das Diplom Herrn von Krupp im Gefängnis zu Düsseldorf überbringen.

Bekanntmachung.

Der Einwohner hat sich hierdurch zur Kenntnis gebracht, daß die Bäckerei beschlossen hat, den Brotpreis auf **24 Stunden einheitlich** festzusetzen, und zwar von nachmittags 4 Uhr bis zum nächsten Tage nachmittags 4 Uhr. Annaburg, den 23. Oktober 1923. Der Gemeinde-Vorstand. Henze.

Im Anschluß an vorstehende Bekanntmachung wird mitgeteilt, daß unsere Geschäfte von morgens 8-1 Uhr mittags und nachmittags von 4-6 Uhr geöffnet sind.

Die Bäcker-Zinnung.

Lokales und Provinziales.

Der Höchstbetrag der Forderungen, Postaufträge und Nachnahmen aus dem Ausland sowie der Wechselbetrag der Nachnahmen auf Postpatenten und Postfrachtscheinen aus Deutschland nach dem Ausland ist, bis auf einige Ausnahmen, auf 300 Milliarden Mark erhöht worden.

Der 100-Milliarden-Zehin ist in Vorbereitung begriffen und wird in den nächsten Tagen herauskommen. Die tägliche Produktion an Noten ist auf 65 000 Millionen gesteigert worden. Es ist zu hoffen, daß über die Einführung der Rentenmark hinaus eine gewisse Reserve an Noten produziert wird, damit wir in der Unfähigkeit der ersten Tage nicht einer Zahlungsmittelknappheit ausgeliefert werden, wie wir sie bisher noch nicht erlebt haben.

Arbeiter und Eisenbahnfahrpreise! Die Fahrpreise auf der Eisenbahn sind in der letzten Zeit in einer Weise gestiegen worden, daß man mit Recht in allen Kreisen der Bevölkerung auf äußerste Unzufriedenheit, besonders in den Kreisen der Arbeiter und Eisenbahnbeamten, die die Eisenbahn benötigen, um zu ihrem Beschäftigungsort zu gelangen. Man fragt sich mit Recht, ob der Regierung das Verständnis für die Notlage der Arbeiterklasse fehlt. Beschlüsse gewährt man insbesondere den Leuten keine höhere Fahrpreiserleichterung, die nach außerhalb zu ihrer Arbeit fahren müssen? Deshalb würde es begrüßt werden, wenn einstens die Wochentarten 4. Klasse verbilligt ausgegeben würden, und wenn zweitens auch für die 3. Klasse Wochentarten eingeführt würden. Abhilfe tut dringend not.

Die Grundsteuer. Der Auspruch des preussischen Landtags hat den Regierungsentwurf über die Grundsteuer angenommen. Der Entwurf wurde infolgedessen abgeändert, als die Abgabe für 2 Morgen landwirtschaftlichen Grundbesitzes nicht 3,60 Goldmark jährlich betragen soll, sondern 25 Goldpfennig monatlich. Die Abgabe für städtischen Grundbesitzes blieb auf 20 Goldpfennig pro Monat, also 2,40 Goldmark pro Jahr bestehen.

In einer Zeitung aus dem Nachbarreiche Liebenwerda finden wir folgende Notiz: Gutsleute des Liebenwerdaer Kreises befinden sich, obwohl diese zur Einlösung aufgerufen sind, noch immer im Unlauf. Es wird empfohlen, diese Gutsleute bis Ende dieses Monats abzuliefern. — Da diese Gutsleute in beträchtlicher Menge in unserem Orte karkierten, wäre es wohl Pflicht des Liebenwerdaer Kreises gewesen, den Aufruf über die Aufrufstellung seiner Gutsleute nicht nur in den Kreisblättern, sondern auch in allen anderen Zeitungen des Kreises zu veröffentlichen, damit die Geschäftsleute vor Schaden bewahrt blieben. Bei dem heutigen Preisniveau von 10 Millionen Mark ist die Einlösung von Scheinen in geringen Beträgen nicht mehr lohnend. Wer will es aus diesem Grunde dem Geschäftsmann vertragen, wenn er Gutsleute überhaupt nicht in Zahlung nimmt, wenn es die ausgeben Stellen es nicht für nötig halten, die Aufrufstellung rechtzeitig allerorts bekanntzugeben.

Wesen. Die Weinernte ist in diesem Jahre ausnahmsweise schlecht ausgefallen. Ein Traubenbildung ist zwar kein Mangel, dagegen ist der Zuckergehalt ein recht geringer, weil den Trauben zur Zeit der höchsten Reife die nötige Wärme fehlte. Es wird mehr besseren Jahrganges bedürfen, um durch künftigeres „Verhiebelen“ eine trinkbare Sorte aus dem Heurigen zu machen.

Wesen. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag sind der Ww. Bär, Höfchen, aus dem verschlossenen Stalle Gänse, Hühner und Kaninchen gestohlen worden. Es ist eine Schande, einer armen Witwe noch das wenige zu nehmen.

Wittenberg, 18. Oktober. In Brandenburg an der Saale werden für die erste Oktoberhälfte unter Berücksichtigung der herabgegangenen Kohlenpreise für ein cbm Gas 75 Millionen Mark erhoben. Wir in Wittenberg dürfen für 1 cbm Gas 200 Millionen Mark zahlen. Wie das Wittenbrg. Arch. schreibt, soll seitens einer Anzahl Interessenten Anträge auf die Licht- und Kraftwerke wegen Preissteigerung erfolgt sein.

Defau, 16. Oktober. Ein Großhändler stalteten Diebe nachts einer Wohnung einen Besuch ab, in der der Besitzer aufgebaht lag. Sie plünderten das Strohzimmer aus und nahmen alle Wäsche und Kleidungsstücke mit, deren sie habhaft werden konnten. Leider sind die frohen Burthen unbehelligt entkommen.

Cöthen, 18. Okt. Die Ermäßigung des Kohlenpreises tritt hier bereits sehr erfreulich in die Erscheinung. Am Sonnabend kostete noch ein Zentner Kohlets ab Grube 1 447 619 000 Mark, heute nur noch 809 524 000 Mark, also eine Preislenkung um beinahe die Hälfte.

Schlade (am Harz), 14. Oktober. Eine Frau von hier wollte nach Braunschweig fahren und dort einige notwendige Einkäufe machen. Auf dem Bahnhofs mußte sie erfahren, daß ihr Geld noch nicht einmal zur Fahrkarte nach Braunschweig (früher 80 Pfg.) reichte, viel weniger zu Einkäufen. Die Frau mußte wieder umkehren, und am anderen Morgen fand man sie erhängt in ihrer Wohnung vor.

Braunschweig. In unserer Stadt sind innerhalb eines verhältnismäßig kurzen Zeitraumes und 50 Selbstmorde, die auf die herrschende Not zurückgeführt werden können, zu verzeichnen gewesen.

Leipzig, 17. Oktober. In Wödrten wurde die Leiche eines 75jährigen Kleinrentners, der früher in guten Verhältnissen lebte, aus der Elster gezogen. Er hat seinem Leben wegen Nahrungsorgen ein Ende bereitet. — Aus demselben Grunde ertränkte sich im Weizenelde ein im 65. Lebensjahr stehender Altersrentner. Die Leichen wurden nach der Anatomie gebracht. Von hier wurde ihnen das Armenbegräbnis zuteil, da die Angehörigen nicht in der Lage sind, die Begräbniskosten zu tragen.

Markt-Kalender.

Am 27. Oktober: Schweinemarkt in Annaburg, Schweinemarkt in Schweinitz.

ff. Eine kühnliche Rettungsgefahr. Ein Bauunternehmer, dem viel daran lag, die Erneuerungsarbeiten an den Tempeln der Provinz Manting zu erhalten, begab sich zu dem mit der Beregung der Arbeiten betrauten Mandarin und bot ihm, um seiner Mühe um Berücksichtigung größeren Nachdruck zu versehen, einen Nachschuß von einer Million Taels an. Die Genehmigung der Kasseginger. Aber er war an den Umständen geraten. Der Mandarin geriet über über die ihm gestiftete Zumutung in helle Wut, drohte, den alku gestifteten Bauunternehmer hinaszuwerfen und stellte ihm eine strenge Bestrafung wegen verführter Bestechung in Aussicht. Nur mit Mühe gelang es, den Beamten ruhiger Zusätze zugänglich zu machen. Zu diesem Zweck lenkte der Bauunternehmer das Gespräch auf gleichgültige Dinge. „Wir bekommen es schließlich solesets Better; ich glaube bestimmt, daß es morgen regnen wird“, erklärte der Unternehmer. Da der Himmel im reinsten Blau erstarrte, widerbrach der Mandarin Lächeln, worauf der andere erwiderte: „Ich bin so fest überzeugt, daß es morgen regnen wird, daß ich mit Bequemlichkeit eine Million Taels darauf wetten.“ Der Mandarin bestund und nahm die Wette an, die er natürlich gewann. Es braucht nicht erst hinzugefügt zu werden, daß der Unternehmer erst darauf auch mit den Bauarbeiten an den Tempeln beauftragt wurde.

ff. Kriegsammunition im Dienste der Landwirtschaft. Ein modernes Seitenstück zu dem Umwandeln der Schwerter zu Pflugscharen, das die Bibel verheißt, bildet die Verwendung von Kriegsammunition für landwirtschaftliche Zwecke, die in den Vereinigten Staaten in jüngster Zeit besonders großen Umfang angenommen hat. Die Regierung verteilt nämlich, um den Farmern bei der Arbeit am Boden des Landes Unterstützung zu gewähren, unter Vermittlung des Landwirtschaftsministeriums ihre überflüssig gewordenen Explosionsstoffe gratis. Der Staat Minnesota allein erhielt 774 000 Pfund Pikrinfäure überweisen, die unter 3511 Farmer verteilt wurden. Man schätzt, daß diese Menge ausreicht, um etwa 14 000 Acker zu bearbeiten, und daß dadurch den Bauern 70 000 Dollars erspart worden sind. Pikrinfäure ist ein verhältnismäßig harmloses Explosionsmittel, das für landwirtschaftliche Zwecke ähnlich wie andere Explosionsstoffe angewendet werden kann. Es hat vor den im Handel befindlichen Stoffen insofern den nicht geringen Vorzug, daß sie unbegrenzt lange Zeit haltbar bleibt, ohne sich zu zersetzen, daß sie durch Hitze oder Kälte nicht beeinflusst wird und daß sie bei der Verwendung in freier Luft den Besetzer keine Rauchschwärzen oder andere körperlichen Beschwerden, die mit der Verwendung von Explosionsstoffen gemeinhin verbunden sind, verursacht.

Herz und Angstempfindung.

Jeder, der einmal wirklich Angst gehabt hat, weiß, daß es sich hierbei nicht um eine rein feistliche Empfindung handelt, sondern daß das Angstgefühl auch das körperliche Befinden und besonders die Herztätigkeit beeinflusst. Nach einem Bericht über die jüngsten Untersuchungen von Braun in der „Wiener medizinischen Wochenschrift“ haben Herz und Nerven des Menschen denn auch in imigem Zusammenhang, und die Beobachtungen zeigen immer wieder, daß „das wesentliche Merkmal der Herzphysiologie die Angst ist“, die entweder nur als ängstliche Stimmung auftritt, manchmal aber auch ganz spezifische Empfindungen, Angstfälle des Herzens hervorgerufen kann. Man muß daher zwischen bloßer Angst und ausgesprochener Angstempfindung immer unterscheiden.

Die Angst kann unter Umständen das Selbstleben eines Menschen bedrohen, daß sie schließlich keine Willenshandlungen vollständig beeinflusst. Dazu stellen sich körperliche Erscheinungen ein, wie Herzstößen, Anfälle mit hart beschleunigter Herztätigkeit, Atemnot, Blässe, Kältegefühl, Gittern und Schweißausbruch, die alle deutlich beweisen, daß infolge der Angst auch die willkürliche Muskulatur verjagt, während die funktion der glatten Muskulatur hervortritt.

Was die Angstempfindung betrifft, so kann man sie geradezu als einen „spezifischen Sinn des Herzens“ ansehen, der an die speziellen Apparate des Herzens

die wichtigsten Organe gebunden ist. Braun vergleicht sie deshalb mit der Hörschnecke im Ohr, ebenso wie mit der Empfindung des Blutes und des Saftens im Auge und den sensiblen Kantorganen. Die Berechtigung dieser Annahme gründet sich vor allem auch darauf, daß die Angstempfindung am Herzen durchaus nicht immer gleichzeitig mit einer Schmerzempfindung auftritt, sodas s. B. die allerschwerste Angst ohne jeden Schmerz empfunden werden kann. Die spezifische Zusammenhang der Haut untersehrdet sich aber, wie man weiß, ebenfalls von der Schmerzempfindung und hängt ihrerseits auch mit den spezifischen Organen zusammen. Man empfindet also zunächst die Angst körperlich ebenso unmittelbar, wie wir hören, sehen und das Tasten empfinden.

Aus der Verbindung dieser primären spezifischen Empfindung mit charakteristischen Vorstellunggruppen entsteht erst das, was gemeinhin als Angst bezeichnet wird, und was sich erst im Lauf der Generationen sekundär auf das ursprüngliche Angstempfinden aufgebaut hat. Wir haben hier ebenfalls ein höchst interessantes Grenzgebiet vor uns, auf dem sich die einzelnen Wissensgebiete der inneren Medizin mit denen der Physiologie und Psychologie treffen und letzten Endes fest ineinander verflochten. Wenn weiterhin kam die Angst mit ihren verschiedenen Empfindungen und Symptomen also ebenso wenig beurteilt werden wie allein von der psychischen Seite aus.

Scherz und Ernst.

U. Gekrennung des Meerrettichs. Das Meerrettichöl, das identisch mit dem ätherischen Sennöl zu sein scheint, ist, wie dies, ein hartes Öl, das eine heftige entzündliche Wirkung auf die Schleimhäute ausübt. Aber eine damit gemachte, gar nicht harmlose Erfahrung berichtet auf Grund einer Mitteilung von A. Koch die naturwissenschaftliche Wochenzeitschrift Gelegenheit von Versuchen, größere Mengen des zerriebenen Wurzelstückes zu konsumieren, stellten sich bei der damit beschäftigten Person Vergiftungssymptome ein. Es traten unerträgliche Kopfschmerzen auf, heftiges Tränen der Augen, Mattigkeit, dazu starke Mittelohrschmerzen, eine an Erbrechen grenzende Reizung der Augen, Erbrechen, Bronchialkatarrh, Schilddrüsenentzündung, Bronchialkatarrh und Gefäßentzündung. Krampfadern und Gefäßentzündung bestanden mehr als 2 1/2 Wochen an. Die letzten Krampfkrämpfe waren erst nach 7 Wochen verschwunden.

U. Gekrennung der Panzerer. Eine neuerliche Anregung, die des Beherrigenswerten nicht entbehrt, hat der Generalgouverneur von Madagaskar dem doch sonst gewöhnlich nicht rückfälligen Europa gegeben. Er hat eine Verordnung erlassen, die alle Europäer und Eingeborenen, die weder ein Gewerbe ausüben noch sonst beruflich tätig sind, mit einer Steuer belegt. Der Steuerfuß beträgt für Europäer zwischen 21 und 55 Jahren 25 Francs im Tag und für die Eingeborenen zwischen 18 und 58 Jahren 20 Francs. Bezüglich dieser, wenn sie als Müßiggänger befunden werden, mit der

Steuerzahlung früher beginnen müssen und später aus der Steuerpflicht entlassen werden, ist nicht recht klar. Der Steuer der Panzerersteuer soll zum Ankauf landwirtschaftlicher Geräte dienen, die den europäischen Kolonisten und den Gemeinden der Eingeborenen zur Verfügung gestellt werden. Wenn übrigens die Einführung der Steuer in die Praxis auch ein Stadium darstellt, so ist doch der Gedanke selbst durchaus nicht neu, sondern wurde beispielsweise schon von dem jüngeren Dumas angeregt. In einem seiner Aufsätze erklärt eine der handelnden Personen: „Aber wenn es mir nur beliebt, nichts zu tun? Dann kann mich keiner hindern.“ So bin aber mit Vergnügen bereit, die Arbeitspflicht, die die Gesellschaft schulden soll, durch Erlegung eines Geldbetrages abzulösen. Sagen wir einmal mit 40 Francs im Tag.“

Wirtschaftszahlen.

22. Oktober.

1 Goldmark	9 523 809 523
Weisswurst	90 Prozen
Goldmark pro Ailo	640 Dollar pro Ailo
Eisenerzkonzentrat	1 milliardensch
Großhandelspreis	1093 millionensch
Lebenshaltungsinde	691,9 millionensch
Großhandelspreis	29 999 999 900 v. B.
Steuermultiplikator	21.—27. 10.
Umsatzsteiger für die Landabgabe (20.—28. 10.)	210
Großhandelspreis	3 Milliarden für je eine Goldmark
Buchdruckereizug	300 000 000
Schlüsselzahl 7. Anzeigen	20.—26.
Eisenbahnschlüsselzahl	600 Millionen
Reisebrief	10 Millionen
Pöfaktarie	4 Millionen

Schluszdienst.

Reichswehrreimarsch in Sachsen.
— Dresden, 22. Oktober. Die zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände bestimmte Reichswehrtruppen haben heute den Vormarsch nach den westfälischen Industriestädten angetreten. In Meiningen wurde eine Kavallerieabteilung beschossen. Die Truppen erwiderten das Feuer. Es gab mehrere Verletzte und zahlreiche Verhaftungen. In Leipzig sind größere Abteilungen preußischer Reichswehr, und zwar Infanterie, Kavallerie und Artillerie, einmarschiert. Die Truppen werden s. Z. in Leipzig verbleiben, s. Z. nach Chemnitz und Plauen weiter transportiert.

Der Kärntner Aufbruch vor Gericht.
— Salzburg, 22. Oktober. Heute hat der Prozeß gegen die Kärntner Aufständler vor dem außerordentlichen Gericht im Zentralgefängnis begonnen. Auf Antrag des Anklagevertreters hat der Gerichtshof beschlossen, die Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatsicherheit auszuschließen.

Handreich in München-Graben.
— München-Graben, 22. Oktober. Starb bewaffnete Strohtrub der Sonderbündler haben heute das Bahnhofsgebäude besetzt.

Handelsteil.

— Berlin, den 22. Oktober 1923.

Am Devisenmarkt ist infolge der Subjunktoren anheben- und innenpolitischen Lage mit Beginn der neuen Woche eine Kaufbewegung von außerordentlichem Umfange eingetreten. Die Geschäftstätigkeit beschränkt sich auf ganz geringfügige Umsätze, denn das Angebot ist völlig geschwunden. Kabel New York wurde auf 40 Milliarden amtlich festgelegt, London auf 180 Milliarden. Mit Ausnahm von Kabel New York, das mit 50 Prozent rezessiert war, wurde der Bedarf voll befriedigt. Nach der amtlichen Mitteilung konnte London einen Stand von 805 Milliarden, das sind etwa 45 Milliarden für den Dollar, erreichen. Dollarobligationemissionen stellten sich auf 42 Milliarden, Goldanleihe war mit 40 Milliarden zu haben. Die Produktionskräfte verkehrte in leiser Haltung. Es lag nur sehr geringes Angebot aus der Provinz vor, für das befristete Nachfrage bestand. Die Preise in Goldanleihe waren gegen Sonntag fast unbeeinträchtigt, in Papiermarkt dem Stande der Devisen entsprechend weitestgehend höher.

Der Stand der Markt.

22. 10. 19. 10.

	(An Tausenden Mark.)		
	22. 10.	19. 10.	
1 hell. Gulden	15561000	16639000	4691700
1 Belg. Franken	2034200	2045100	617540
1 neuw. Kronen	6147600	6175400	1854925
1 dan. Krone	6942600	6977400	2097280
1 schwed. Krone	10473750	10528250	8151860
1 ital. Lira	1789515	1798485	541350
1 engl. Pfund	17053000	18045000	5413500
1 Dollar	39900000	40100000	12030000
1 franz. Franken	2342130	2353870	1715785
1 schwed. Franken	7112175	7147825	2145350
1 schwed. Krone	1185200	1190970	357291
100 österr. Kronen	56453,5	56741,5	16843

Warenumsatz.

Mittagsbrot (Amth.). Preise für 50 Ailo ab Station: (An Millionen Mark.) Weizen März 74000—76000, Roggen März 68000—70000, Sommergerste 60000—68000, Hafer März 55000—56000, Weizenmehl (100 Ailo) 200000 bis 220000, Roggenmehl (100 Ailo) 195000—210000, Zwickelfeines Getreidemehl 22000—25000, Roggenmehl 100 bis 1100, Einheitsbrot, Roggen- und Weizenbrot 900—950, lofes Krummbrot 800—900, Hafer 3000—3500, handelsübliches Hen 700—900, gutes Hen 900—1200.

Die Preise für Produkte einsehließlich des Reis und Strohs verkehrte sich ab Station. Die Preise „ab Hof“ sind im Mittel etwa um 20 Prozent billiger.

Großhandelspreise für 50 Ailo ab Station. (Amth.).

(An Millionen Mark.) Drahger, Roggen- und Weizenbrot 1500—1600, Drahger, Haferbrot 1400—1500, drahgerweites Getreidemehl 1900—1400, Roggenmehl 100 bis 1100, Einheitsbrot, Roggen- und Weizenbrot 900—950, lofes Krummbrot 800—900, Hafer 3000—3500, handelsübliches Hen 700—900, gutes Hen 900—1200.

Amtlicher Teil.

Schornsteinfegerlehrgesellen.

Die Lohnnezahl für die Woche vom 7. bis 14. Oktober 1923 ist 120 000, die für die Woche vom 15. bis 21. Oktober 1923: 440 000.
Torgau, den 18. Oktober 1923.
Der Landrat. Dr. Drews.

Betr. Waffenscheine.

Zur Behebung etwaiger Zweifel mache ich darauf aufmerksam, daß nach den geltenden Bestimmungen der Waffenscheine, Waffenbesitzer nicht im Besitz eines Waffenscheines oder eines Jahresnachweises sich befinden oder zur Führung von Waffen in Ausübung seines Dienstes befaßt ist.
Torgau, den 18. Oktober 1923.
Der Landrat. Dr. Drews.

Veröffentlicht!

Annaburg, den 23. Oktober 1923.
Der Amts-Vorsteher. Henze.

Kaufe und verkaufe ständig

von morgens 8 Uhr bis abends 5 Uhr
samt. Getreide u. Futtermittel,
wie: Weizen, Roggen, Hafer, Gerste,
Lupinen, Geradella,
Roggenkleie, Weizenkleie, Leinungen usw.
Kalkstickstoff, schwefelaur. Ammoniat
Superphosphat, Salz etc.
Betzfuser Drig.-Saatroggen, Betzfuser
I. Abfaat, Saatweizen etc.
Hermann Tofaute,
Torgauerstraße 1.

Bednungs-Formulare

in allen Größen hält vorrätig
Herm. Steinbeiß, Buchdrucker.

Dixin
Henkel's
Seifenpulver

Ein
Seifenpulver
wie es sein soll
preiswert
und gut!

Kaufe jeden Posten
Roggen.
G. Mansenker.

Vitriol,
garantiert rein, fein ge-
schloßen und in Stücken, zum
Weizenkäulen empfiehlt
Adolf Weidholt, Brettin.

Verkaufte
Milchziege gegen
Schlachteziege.
Soldorferstr. 31.

Brief-Ordner
Schnellhefter
in Quart- u. Folio-Format,
empfiehlt
H. Steinbeiß.

Weißkalken-Kalk,
Portland-Zement,
Zementkalk, Gips, Rohrgewebe
Dachpappe, Klebemasse, Carbolinum
Krippenschalen, Contröhren usw.
stets vorrätig, empfiehlt
Wilhelm Kunzo,
Dampfsägewerk — Holzhandlung
Dangehädt, Baumaterialienhandl.
— Fernsprecher Nr. 6 —

Fahrräder,
Mähmaschinen,
Zentrifugen,
Kinderwagen,
Sprechapparate und Platten.
Jedes alte Fahrrad wird neu
hergestellt in meiner Reparaturwerk-
statt und Emallieranstalt.
Friz Rödl, Annaburg,
Fernsprecher Nr. 53.

Handwagen
in laubere, dauerhafter Ausführung in allen Größen.
Ersatzteile und Mäder stets vorrätig.
— Giltige Preise!
Zentrifugen :: Butter-Maschinen
Fahrräder, Motorräder, Ersatzteile.
Reparatur-Werkstatt.
Wilhelm Grahl.

Zahn-Atelier
Georg Consentius, Dentist
Annaburg, Torgauerstr. 31
— Telefon Nr. 23 —
empfiehlt sich zur Behandlung aller Zahn-
krankheiten, Plomben in Gold, Silber,
Porzellan, Cement, Künstlich mit Be-
handlung. Jede Art Zahnst. Zahnersatzes
Behandlung für Krankenlassen.
Sprechstunden täglich 9—3 Uhr.
Kaufe ständig Platin, Gold und Silber.

Drucksachen
für Behörden, Gewerbe und Private
in sauberer Ausführung liefert umgehend
H. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Wer deutsch denkt u. deutsch fühlt
liest das beliebte Familienblatt
der gebildeten Kreise, die
Halle'sche Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
für Anhalt und Thüringen
täglich 2 Ausgaben
Schnelle und umfassende Berichterstattung
auf allen Gebieten. Gekiegene Satiristik.
Ausgebehrte Sandsteil mit groß. Aus-
sicht. Reichhaltiger Unterhaltungsteil.
Spannende Romane. Regelmäßige Be-
richte über Sport, Mode, Haushalt usw.
Bestellungen nehmen alle „Postankunft“
und Briefträger entgegen, sowie die Hauptpost-
stelle Halle-Saale, Leipziger Straße 61-62
Anzeigenblatt ersten Ranges

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zerkantenteile, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streich, Betriebsstörung usw. ersucht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Ämtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 2 Golddpfennig, für außerhalb Wohnende 3 Golddpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teile 4 Golddpfennig, im Reklameteile 5 Golddpfennig (einst. Umrahmung). Sonntags- und feiertäglicher Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohalle.

Nr. 85.

Mittwoch, den 24. Oktober 1923.

26. Jahrg.

Chronik des Tages

Die bayerische Regierung hat den Reichswehrkommandeur in München General v. Hoffmann zum bayerischen Landeskommandanten ernannt.
Die bayerische Reichswehrkommission ist von der bayerischen Regierung in Pflicht genommen worden.
Ein Aufruf der Reichsregierung beschuldigt Bayern des offenen Verfassungsverstoßes.
Der württembergische Staatspräsident hat beim Reichstag die sofortige Einberufung des Reichsrates zur Erweiterung des bayerischen Reichsgebietes beantragt.
In Wachen haben die Sonderbündler die Rheinische Republik proklamiert.
Der Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz soll zum Reichsernährungsminister ernannt werden.
Ämtlicher Berliner Dollarkurs vom 22. Oktober: 80 000 000 Geld, 40 100 000 000 Brief.

Die „Saarfranzosen“.

Die „Adresse“ der 150 000 Saarfranzosen, die sich während der Friedenskonferenz am Roincaré gewandt haben sollen mit der Bitte um Befreiung des Saarlandes von der fremdsprachigen Herrschaft, bringt die Franzosen immer mehr in heftige Bewegung. Nun regiert die sogenannte Völkerbundkommission seit fünf Jahren im Saargebiet. Die französische Propaganda gibt sich alle erdenkliche Mühe, die Bevölkerung für Frankreich zu gewinnen. Umjost. Die Saarländer hören die französischen Botschaftsreden und sind immer wieder in die Welt hinaus; der Völkerbund hat sich in jeder Sitzung mit Beschwören der Bevölkerung zu befassen. Das Schreiben der Franzosen im Saargebiet stand bereit zum Himmel, daß England den bekannten Vorstoß gegen die mehrköpfige Regierungswelt der Völkerbundkommission unterstützen mußte. Wie soll sich der erbitterte Widerstand, ja der Haß der Saarbevölkerung gegen Frankreich mit der „Adresse“ der 150 000 Saarfranzosen zusammenschließen? Es kann kein Zweifel sein, daß die französische Regierung darüber von einer „befremdeten“ Macht heimlich befragt worden ist.

So ist es zu erklären, daß Tardieu, ausgerechnet Tardieu im „Echo National“ Frankreich aus der peinlichen Situation herauszubringen sucht. Er tut das auf eine höchst merkwürdige Art. Er ersäht auf einer angeblich in der Zeit des Waffenstillstandes ausgearbeiteten Adresse, die von drei, sage und schreibe drei Saarbrüder Herren unterzeichnet sei. Sie hätten den Präsidenten des französischen Ministeriums an die historische Vorgeschichte erinnert und gefordert, daß innerhalb 150 000 der eingeborenen Saarbewohner von dieser Adresse 150 000 Franzosen zeichnen sagten ohne behaupten anzugehen.

Die Adresse genal beltes entgegen am 23. März 150 000 Menschen haben 1918 sie haben die Ansetzung Tardieu's „Echo National“ (denn man weiß drei Herren), für entschuldigend der Behauptung nicht abge die ihnen von in während der im Saarlande dem nächstge Wort! Dieses der Saarländer in voll dem Abdruck seiner des Saargebietes der Saarländern

ist überhaupt keine Rede in diesem Entwurf zu einem Schreiben.

Der Reichstagsabgeordnete des Herrn Tardieu rückt den Betrag Clemenceau's in ein noch stärkeres Licht. Es sieht fest, daß Wilson und Lloyd George erst auf Grund der angeblichen 150 000 Saarfranzosen sich für die zeitweilige Loslösung des Saargebietes vom Reich entschlossen. Wir haben allen Grund, diesen Beileben der Franzosen festzunehmen und eine Revision der damaligen Beschlüsse zu verlangen.

Aufruf der Reichsregierung.

Der Kampf für die deutsche Freiheit. Nachdem die bayerische Staatsregierung von sich aus Bayern seiner militärischen Reichsverpflichtungen entzogen hat, hat die Reichsregierung eine Kundgebung erlassen, in der sie die bayerische Regierung des offenen Verfassungsverstoßes beschuldigt und die Haltung der Reichsregierung betreffend. In diesem Aufruf heißt es unter anderem:

„Am dem Tage, an dem die deutschen Vertreter im Auslande den sämtlichen Mächten eine Erklärung über die außenpolitische Lage abgaben, um die Aufmerksamkeit der Welt auf die durch Frankreichs Verhalten geschaffene unerträgliche Not im Rheinland und im Ruhrgebiet zu lenken und in der die Gesamtumstellung aller Kräfte mehr als je notwendig ist, um gegenüber dem äußeren Gegner fest zu bestehen, hat es die bayerische Staatsregierung sich richtig erachtet, einen offenen Verfassungsverstoß zu begehen und innerwärts im Reichsgebiet zu verfahren.“

Der Ausgangspunkt dieser Kämpfe war die Entscheidung darüber, ob die militärische Disziplin, auf der jede Armee aufgebaut sein muß, auch im heutigen Deutschland Geltung haben soll oder nicht. Der Chef der Generalstabes konnte nicht anders, als diese Frage, die von ihm gegeben waren, von einem Intergehen aus politischen Gründen mißachtet wurden. Eine Armee, in der die Ausführung eines Befehls abhängig gemacht wird von politischen Erwägungen, ist kein Instrument zur Aufrechterhaltung der Welt eines Landes und nicht innerwärts.

Mit dem von den Generalstabschef v. Hoffmann in die Öffentlichkeit gemachten Gedanken des Kampfes gegen den Marxismus hat die in Rede stehende Frage gar nichts zu tun. Der Chef der Generalstabes, der Reichswehrminister, haben bei ihrem

Kampfe für die Autorität in der Reichswehr selbstlos für diese Idee, nicht für irgend welche parteipolitische Einseitigkeiten gekämpft. Das heißt nicht, daß die Reichsregierung, die sich bis zum äußersten bemüht hat, durch weitgehende Ausnutzung von Verhältnismäßigkeiten jeden Versuch zu vermeiden. Mit Entschiedenheit und Entschlossenheit weist die Reichsregierung den Versuch des bayerischen Generalstabschefs zurück, die Entscheidung der bayerischen Staatsregierung als dem Kampf einer nationalen und christlichen Weltanschauung gegen eine marxistisch-internationale Einstellung hinzuzufügen.

Es ist unerhört, wenn in der Zeit, in der die Reichsregierung die Kräfte des ganzen Volkes braucht zur Erhaltung des Deutschen gegen den französischen Vernichtungswillen, der Generalstabschef glaubt, die Brandstiftung der Zweiertrakt in das deutsche Volk dadurch hineinwerfen zu können, daß er davon spricht, es handle sich letzten Endes um die Frage: wie deutsch oder nichtdeutsch.
Es gibt innerhalb der Reichsregierung und innerhalb der Millionen von Volksgenossen, die hinter ihr stehen, niemanden, der den Kampf, um den es sich handelt, anders als unter deutschem Gesichtspunkt ansieht.“

Zum Schluß richtet die Reichsregierung folgenden Appell an das deutsche Volk: „In dem Kampf um die Erhaltung der Reichseinheit fordern wir alle Deutschen an den Erregern der Zweiertrakt entgegenzutreten im Kampf für das Einzige, was uns gegenüber der uns angebotenen Vernichtung des deutschen Volkes geblieben ist, für das Deutsche Reich und für die deutsche Einheit.“

Eine Gegenüberlegung Sachs.

Der bayerische Generalstabschef v. Hoffmann hat den Aufruf der Reichsregierung mit folgender Gegenüberlegung beantwortet:
„Die Anordnung des bayerischen Generalstabschefs vom 20. Oktober 1923, durch welche die Dienstenthebung des Generals v. Hoffmann für Bayern außer Wirkksamkeit gesetzt wird, stützt sich auf Artikel 48 des Reichsverfassung. Sie ist daher kein Verstoß gegen die Reichsverfassung, sondern vielmehr eine mit der Reichsverfassung in vollem Einklang stehende Maßnahme dar. Die Ernennung des Nachfolgers durch die Reichsregierung ist schon deshalb unzulässig, weil die bayerische

Regierung unter keinen Umständen die erforderliche Zustimmung geben würde.“

Der Absatz 4 des Artikels 48 der Reichsverfassung, auf den sich v. Hoffmann beruft, lautet:
„Der Befehl im Verzuge kann die Landesregierung für die Gebiet einseitige Maßnahmen der in Absatz 2 bezeichneten Art (Ausfertigung von Grundbesitz und Einverleihen mit Hilfe der beschaffenen Macht) treffen. Die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten oder des Reichsrates außer Kraft zu setzen. Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz.“

Dieses Reichsgesetz ist bisher nicht erlassen, das Verlangen des Reichspräsidenten oder Reichstags nicht ergangen.

Der Reichsrat soll vermitteln.

Der württembergische Staatspräsident Dr. von Hieber hat anlässlich des Konflikts zwischen dem Reich und Bayern namens des württembergischen Staatsministeriums beim Reichstag die sofortige Einberufung des Reichsrates beantragt. Die Einberufung des Reichsrates wird voraussichtlich am Mittwoch oder Donnerstag stattfinden. In dieser Sitzung sollen die verschiedenen in letzter Zeit zutage tretenden verschiedenen Auffassungen zwischen dem Reich und Bayern zum Gegenstand der Erörterung gemacht werden, um einen den Interessen des Reiches, Bayerns und der übrigen Länder gerecht werdenden Ausgleich zu ermöglichen. Die bayerische Regierung soll gegen die Auffassung des Reichsrates keine grundsätzlichen Bedenken haben und zugleich ihre Bereitwilligkeit kundgeben haben, sich der Entscheidung des Reichsrates zu unterwerfen. Das Reichsministerium will von jeder Beschlußfassung über die bayerische Frage Abstand nehmen, weil es auch seinerseits die Entscheidung des Reichsrates abwarten will.

Der Truppeneinsatz in Sachsen.

Aufruf an die Bevölkerung.

Der Militärbefehlshaber in Sachsen, General Müller, hat an die sächsische Bevölkerung eine Bekanntmachung erlassen, in der er von den schlimmsten wirtschaftlichen und Ernährungsverhältnissen in Sachsen ausging, die er darauf zurückführt, daß unter Umständen und Gewalttätigkeiten Eingriffe in die Gütererzeugung und Verwertigung der Lebensmittel erfolgen. Diese Gewalttätigkeiten richten sich sowohl gegen Arbeitgeber als gegen Arbeitnehmer. Infolge dieser Zustände hätten die Wirtschaftskreise außerhalb Sachsens vielfach das Vertrauen zu dem Freistaat Sachsen verloren, so daß die Anknüpfung und Entwicklung von Geschäftsbeziehungen abgelehnt und die Lebensmittelleistungen aus Furcht vor Steuern durch einseitige Eingriffe in die Verteilung dem ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb entzogen werden, der ernstigt werden. Diese Zustände haben ein konjunkturell-schädliches Minister nicht nur gutgeheißen, sondern sich öffentlich zu ihnen bekannt und zu ihrer Durchführung aufgefordert. Solches Verhalten ist höchstverwerflich gegenüber dem Reiche. Es erweist im Grunde und bei den Verantwortlichen den irigen Glauben, als würde die sächsische Regierung hinter den Kulissen. Die Reichsregierung habe sich daher entschlossen, durch Einsatz von Truppen Ordnung zu schaffen.

„Es bin“ — fährt der Aufruf fort — „mit der Durchführung der erforderlichen Maßnahmen beauftragt. Wer sich der Durchführung der für nötig erachteten Maßnahmen mit Widerstand entgegenstellt, wird blünder und so die Vermehrung unserer Ernährungsunterstützung, läßt Gefahr, erschaffen zu werden.“

Der Militärbefehlshaber hofft auf die Mitwirkung aller bürgerlichen, verfassungstreuen und besonnenen Kreise. Alle Kontrollausschüsse sind verboten worden.

Warnung vor Blindierungen.

In einem zweiten Aufruf heißt es:
„Die Bevölkerung leidet schwer unter dem Mangel der notwendigen Lebensmittel. Die Not wird nicht beseitigt, sondern verschärft durch Blindierungen von Verkaufsstellen, von Wohnorten usw. Ich habe Maßnahmen ergreifen, die Eingriffe von wichtigen Lebensmitteln den Freiheit Sachsen zu erleichtern. Das wird unterbunden, wenn solche Eingriffe einzelner, übergriffe sogenannter Kontrolle

